

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 26. Februar 2014****Anfrage 16: Wirtschaftsspionage im Land Bremen**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Schlüsse zieht der Senat hinsichtlich elektronischer Wirtschaftsspionage durch ausländische Geheimdienste im Land Bremen im Lichte der jüngsten Aussagen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden?

2. Welche Branchen im Land Bremen sind als Ziel für Wirtschaftsspionage nach Ansicht des Senats besonders gefährdet?

3. Welche staatlichen Stellen des Landes und des Bundes stehen betroffenen Unternehmen zur Verfügung, beispielsweise zur präventiven Beratung?

Hamann, Kottisch,
Tschöpe und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Dem Senat sind bisher keine Vorfälle hinsichtlich elektronischer Wirtschaftsspionage durch ausländische Geheimdienste im Land Bremen im Lichte der jüngsten Aussagen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden bekannt.

(B) Zu Frage 2: Die Geheimschutzstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen betreut bremische Firmen insbesondere aus den Bereichen Satellitentechnik, Flugzeug- und Raumfahrttechnik, Rüstungstechnik sowie der Wissenschaft und Technik.

Zu Frage 3: In dem Bereich der präventiven Beratung hat das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen eine enge Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen. Daneben stehen das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zur Verfügung.

Anfrage 17: Erdwärmenutzung in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Nutzung von Erdwärme, und welche Maßnahmen zur Förderung dieser Energiegewinnung hat der Senat geschaffen?

2. Wie viele Anträge auf Nutzung der Erdwärme wurden im Land Bremen in den letzten fünf Jahren gestellt, und wie viele wurden davon positiv beschieden (bitte getrennt nach privaten und gewerblichen Antragstellern)?

3. Wie lange dauerte im Durchschnitt die Bearbeitungszeit dieser Anträge?

Frau Neumeyer,
Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:**(C)**

Zu Frage 1: Erdwärme wird zu den erneuerbaren Energien gezählt. Sie reduziert den Einsatz fossiler Energieträger und leistet einen Beitrag zum Ressourcenschutz. Oberflächennahe Erdwärmeanlagen benötigen zur Energieversorgung von Gebäuden allerdings üblicherweise eine Wärmepumpe. Diese wird in der Regel mit Strom betrieben und verursacht entsprechende CO₂-Emissionen. Verbraucherschützer weisen zudem auf erheblichen Kosten für Investition und Betrieb von Wärmepumpen hin.

Die Nutzung von Erdwärme zur Energieversorgung von Gebäuden ist deshalb nur unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich sinnvoll und mit deutlichen Vorteilen für den Klimaschutz verbunden. Anlagen müssen so geplant, gebaut und betrieben werden, dass eine möglichst hohe Energieeffizienz erreicht wird. Interessenten werden zum Beispiel durch die Bremer Energiekonsens, den Geologischen Dienst und den Bauraum Bremen, die wiederum vom Senat unterstützt werden, beraten. Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker, Planer und Baumanager behandeln auch die Themen Erdwärmenutzung und Wärmepumpe. Über Förderangebote des Bundes in Form von Zuschüssen und zinsverbilligten Darlehen wird informiert. Bundesförderung wird aus Klimaschutzgründen nur für Anlagen mit hoher Energieeffizienz gewährt.

Zu Frage 2: Es wurden insgesamt 153 Anträge gestellt und mit einer wasserbehördlichen Erlaubnis beschieden, davon 36 gewerblich und 117 privat.

Zu Frage 3: Die Bearbeitungsdauer beträgt ab Vorlage der vollständigen, prüffähigen Antragsunterlagen vier bis acht Wochen.

Anfrage 18: Operation „Spaten“

Wir fragen den Senat:

1. Wird auch gegen im Land Bremen wohnhafte Personen aufgrund von Erkenntnissen, die bei der Operation „Spaten“ der kanadischen Polizei im Zusammenhang mit kinderpornografischem Video- und Bildmaterial ermittelt wurden, ein Ermittlungsverfahren betrieben?

2. Wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich dabei?

Fecker,
Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Die Staatsanwaltschaft Bremen ermittelt gegen drei Personen.

(D)